



Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck (l.) und Arbeitsministerin Christine Aschbacher (beide ÖVP). Foto: APA

Austro-Vermögen ist ungleich verteilt

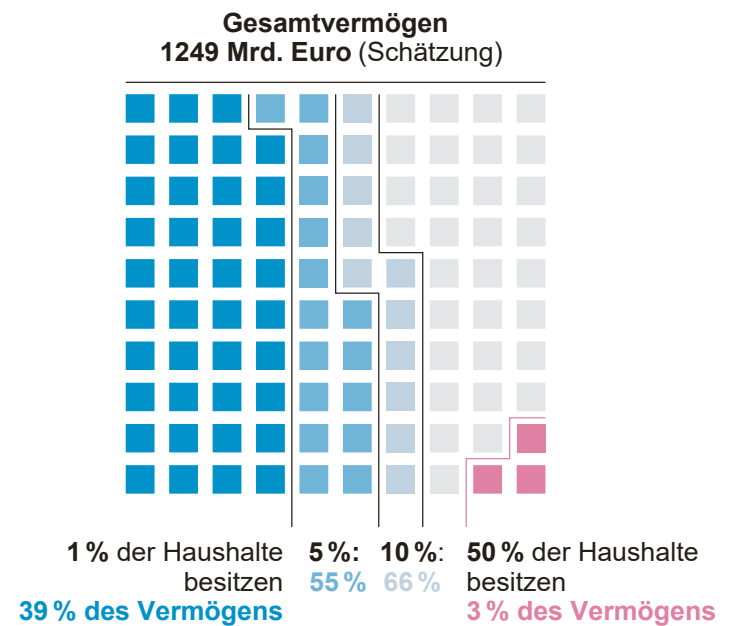
Laut einer AK-Studie besitzt das reichste Prozent der Österreicher 39 Prozent des Privatvermögens.

Wien – Das Vermögen in Österreich ist laut einer Arbeiterkammer-Studie noch ungleicher verteilt als bisher ermittelt. Beziehe man nämlich die Superreichen mit ein, so besitze das reichste 1 Prozent der Bevölkerung 39 Prozent des Privatvermögens. Die ärmere Hälfte der Bevölkerung verfüge nur über rund 3 Prozent des Vermögens. Durch die steigende Arbeitslosigkeit in der Corona-Krise werde die Ungleichheit noch verstärkt. Die AK fordert daher eine Vermögenssteuer.

Die Vermögenserhebung der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) zu den Nettovermögen berücksichtige die Superreichen nicht, da diese sehr wenigen Personen mit extrem hohen Vermögen nicht erfasst würden. Zu diesem Schluss kommt der Ökonom Jakob Kapeller in einer Studie, die im Auftrag von AK Wien und AK Niederösterreich erstellt wurde.

Für die AK-Studie wurden die reichsten Österreicherinnen und Österreicher von der jährlichen Liste des Magazins *trend* hinzugerechnet. Laut der AK-Studie, berechnet für das Jahr 2017, vergrößert sich dadurch das gesamte geschätzte Privatvermögen in Österreich um circa 25 Prozent auf 1249 Mrd. Euro. Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt davon 39 Prozent, die reichsten 5 Prozent besitzen 55 Prozent, und die Top-10-Prozent verfügen über fast 66 Prozent des Gesamtvermögens. Demgegen-

Vermögensverteilung in Österreich



Quelle: AK/OeNB; Grafik: Austria Presse Agentur **APA**

über besitze die gesamte untere Hälfte der Bevölkerung nur 2,8 Prozent des Vermögens.

AK-Chefökonom Markus Marterbauer plädiert für eine Vermögenssteuer. „Diese enorme Vermögenskonzentration schadet unserer Gesellschaft.“ Mit den großen Vermögen sei auch enormer Einfluss auf die Wirtschaft und die Medien verbunden – was in einer demokratischen Gesellschaft sehr problematisch sei.

155.000 Millionäre und 38 Milliarden gibt es laut AK-Studie in Österreich. Die Potenziale für eine Vermögenssteuer wären abhängig von

deren Gestaltung: Bei einem Freibetrag von einer Million Euro ergäbe schon eine Besteuerung mit einem Prozent Steuersatz einen Ertrag von rund 5 Milliarden Euro. Auch bei einer angenommenen Steuerflucht bzw. Ausweichereffekten blieben noch 3,8 Mrd. Euro übrig. Bei einer progressiven Besteuerung mit Steuersätzen bis zu 10 Prozent ab einer Milliarde Euro Vermögen könnten je nach Modell zwischen 11 und 19 Mrd. Euro aus einer Vermögenssteuer kommen. Dadurch würde die steigende Vermögenskonzentration gedämpft werden können, so die AK. (APA)

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit steigen

Derzeit sind 493.572 Menschen ohne Job. Weitere 400.479 Beschäftigte sind in Kurzarbeit.

Wien – Um 21.415 mehr Menschen ohne Job, ein Anstieg der Kurzarbeit um 33.928 Beschäftigte – die Lage am Arbeitsmarkt hat sich gegenüber der Vorwoche deutlich verschärft. Insgesamt sind 493.572 Personen beim Arbeitsmarktservice als arbeitslos vorgemerkt

– 63.234 davon absolvieren Schulungen. Das ist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von plus 103.000. Dazu kommen noch 400.479 Arbeitnehmer in Kurzarbeit. Bisher wurden rund 5,4 Mrd. Euro für die Kurzarbeit ausbezahlt, 9,7 Mrd. Euro wurden bewilligt.

„Mit der Corona-Kurzarbeit gelingt es uns, derzeit über 400.000 Arbeitsplätze zu sichern“, so Arbeitsministerin Aschbacher. Darüber hinaus habe das Ministerium über 460.000 Arbeitssuchende jetzt vor Weihnachten mit über 183 Mio. Euro mit einer weiteren Einmalzahlung unterstützt“, betonte Aschbacher und verwies auch darauf, dass der starke Anstieg gegenüber der Vorwoche vor allem saisonal bedingt sei. Der krisenbedingte Arbeitslosenzuwachs im Vergleich zum Vorjahr liege bei rund 103.000 Personen, in der Vorwoche seien es rund 104.000 Personen gewesen.

Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck verwies auf der gemeinsamen Pressekonferenz auf die schwierige Situation für die heimischen Betriebe und die umfassenden Wirtschaftshilfen der Regierung und kündigte auch eine neue Standortstrategie für Österreich an. Im Jänner würden die Vorarbeiten dazu starten.

Kritik kommt von der Opposition. Fast 500.000 Arbeitslose insgesamt, 20.000 Arbeitslose mehr allein in einer Woche seien eine Bankrotterklärung für das türkis-grüne Krisenmanagement, so NEOS-Sozialsprecher Gerald Loacker. SPÖ-Sozialsprecher Josef Muchitsch forderte erneut Konjunktur- und Beschäftigungsprogramme sowie weitere Maßnahmen für Lehrplätze, ältere Arbeitslose und Arbeitsstiftungen. (APA, TT)

AMS-Algorithmus vor Neustart

Wien – Im August stoppte die Datenschutzbehörde (DSB) die heftig umstrittenen Pläne des Arbeitsmarktservice (AMS), Arbeitslose via Computer-Algorithmus in drei Kategorien mit hohen, mittleren und niedrigen Arbeitsmarktchancen einzuteilen. Nun hat das Bundesverwaltungsgericht (BVwG) den Bescheid der Datenschutzbehörde aufgehoben. Das Urteil ist nicht rechtskräftig, die Behörde kann den BVwG-Entscheid noch vor dem Verfassungs- oder Verwaltungsgerichtshof anfechten.

Wenn das Urteil rechtskräftig werde, sei ein Start im zweiten Halbjahr 2021 oder 2022 denkbar, so Johannes Kopf. Man müsse dann aber den Algorithmus adaptieren, so der AMS-Chef. Mit dem neu-



AMS-Chef Johannes Kopf zeigt sich zufrieden. Foto: APA

en System soll die Vergabe von Fördermaßnahmen effizienter gestaltet werden.

Einen möglichen Neustart des Arbeitsmarkt-Assistenz-Systems muss aber auch noch der neunköpfige AMS-Verwaltungsrat beschließen. Der Verwaltungsrat wird von den zuständigen Ministerien, der Arbeiterkammer, Gewerkschaft, Wirtschaftskammer und der Industriellenvereinigung besetzt. (TT)



Start-ups fordern Hilfsfonds

Die heimische Start-up-Szene fordert mehr Hilfen für die kommenden Monate. Der im Frühling wegen der Corona-Krise ins Leben gerufene 100 Mio. Euro schwere Start-up-Hilfsfonds müsse neu aufgelegt und auf zumindest 200 Mio. Euro aufgestockt werden, fordert Matthias Ruhri, Gründer, Inkubator und Business Angel. Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck (ÖVP) erteilt der Forderung eine Absage, kündigt aber einen Risikokapitalfonds in der Höhe von 50 Mio. Euro an. Foto: iStock

„Zulieferer stehen im Regen“

Innsbruck – Die Umsetzung des angekündigten Umsatzersatzmodells für vom Lockdown indirekt betroffene Betriebe fordert erneut die Wirtschaftskammer Tirol in einer Aussendung. „Egal ob Lebensmittel-Großhändler, Weinhandler, Metzger oder Bäcker – alle leiden darunter, dass aufgrund der Schließung der Hotellerie und der Gastronomie große Kunden komplett wegfallen. Die Regierung lässt die Zulieferbetriebe mit diesem untragbaren Problem im Regen stehen – da gibt es nichts zu beschönigen. Damit sind Liquiditätsprobleme unausweichlich und viele Betriebe werden regelrecht in den Konkurs getrieben“, warnen die Obleute des Tiroler Lebensmittelhandels, des Tiroler Agrarhandels und des Tiroler Lebensmittelgewerbes Stefan Mair, Erich Schwarzenberger und Alfons Wachter. Die Branchensprecher fordern die schnellstmögliche Freigabe des angekündigten Umsatzersatzes, „um das nackte Überleben zu sichern“. (TT)

Kurzmeldungen

Film-Firma MGM zum Verkauf

Los Angeles – Die amerikanische Filmproduktionsgesellschaft MGM will sich laut einem Bericht des *Wall Street Journal* zum Verkauf stellen. Der Wert der Produktionsfirma wird auf rund 5,5 Mrd. Dollar (4,49 Mrd. Euro) geschätzt. Zu den bekanntesten Produktionen von MGM gehören unter anderem die James-Bond-Filme. MGM wollte sich zu dem Bericht nicht äußern. (APA)



MGM produziert unter anderem die James-Bond-Filme. Foto: imago

Hornbach steigert Umsätze

Neustadt – Die deutsche Baumarktkette Hornbach profitiert vom Heimwerker-Trend in der Corona-Pandemie. Der Umsatz im dritten Quartal stieg um 20,3 Prozent auf 1,37 Mrd. Euro, wie Hornbach mitteilte. Auch Marktschließungen in Österreich und Tschechien hätten kaum Bremsspuren hinterlassen. (APA, dpa)

Dividendenregeln für Pensionskassen

Wien – Die Finanzmarktaufsicht (FMA) will die Empfehlung der EU an Banken und Versicherungen, wegen der Corona-Krise bis Oktober 2021 keine Ausschüttungen vorzunehmen, auf Pensionskassen und betriebliche Vorsorgekassen anwenden, um Finanzdienstleister mit ausreichend Eigenkapital auszustatten. (APA)

Airbus bleibt Weltmarktführer

Toulouse – Der europäische Flugzeugbauer wird 2020 das zweite Jahr in Folge als Weltmarktführer vor dem US-Konkurrenten Boeing beenden. Brancheninsidern zufolge wird Airbus in diesem Jahr 550 bis 560 Flugzeuge ausliefern. Der Absatz läge damit aber um 35 Prozent unter dem Vorjahr. (APA, Reuters)